

Bernd Hüttner

Soziale und kulturelle Linke

Der Beitrag ist der Versuch das neue linke Wahlprojekt unter der Lupe der Erfahrungen von 30 Jahren neuen sozialen Bewegungen v.a. in Westdeutschland theoretisch zu betrachten (1).

Die zugegeben etwas zugespitzte und vereinfachenden These lautet:

Es gibt zwei unterschiedliche **Register/Grammatiken** unter denen Linke derzeit sprechen und handeln. Diese Register haben sich historisch gebildet und sind mit ursächlich für die Probleme der Linken (miteinander):

a) soziale Linke

Die (alten) sozialen Bewegungen, also Arbeiterbewegung, Gewerkschaften, Staatssozialismus treten für Gerechtigkeit durch materielle Umverteilung ein, die Ökonomie wird als Zentrum der Gesellschaft angesehen, vorrangiger Akteur zur Herstellung von Gerechtigkeit ist der Staat.

b) kulturelle Linke

Die neuen sozialen Bewegungen (Frauenbewegung, Bürgerinitiativen, kulturelle und antirassistische Initiativen etc. pp.) fordern das auch, betonen aber stärker die Herstellung von Gerechtigkeit durch die Anerkennung von Differenzen (z.B. Geschlechterfragen, Antirassismus, Demokratisierung Lebensstile); die Akteure sind Staat *und* Zivilgesellschaft.

Etwas detaillierter stellt sich dies wie folgt dar:

	Soziale Linke	kulturelle Linke
zentrale Referenz:	Ökonomie	Kultur, Diskurs
weitere Referenz	Arbeit	Sexualität, "Rasse"
politisches Ziel		
a)	Sozialismus	soziale/persönliche Befreiung
b)	Soziale Gleichheit	Anerkennung von kulturellen Werten
erreicht durch	Umverteilung	Anerkennung von Gruppen und ihren Unterschieden
philosophisches Ziel	Gleichheit	Differenz
Kampf gegen	Ausbeutung	Unterdrückung
handelnde Akteure	Klasse	Gruppen, Einzelpersonen
kollektive Organisationsform	Staat	Bewegung
persönl. Organisationsform	Partei	Individuum
Vorrangiger Gegenstand des politischen Handelns	materielle Ordnung	symbolische Ordnung

Wir haben also **zwei unterschiedliche** Register: das der historisch gesehen älteren sozialen Linken und das neuere einer kulturellen Linken. Das ist *kein* Ost-West-Problem. Die Spaltung und die Probleme zwischen den Linken, die nach diesen beiden Registern sprechen und handeln, treten auch in der Debatte um neues Wahlprojekt auf. Das Wahlprojekt (und dabei, soweit ich das beurteilen kann, die WASG noch stärker als die Linkspartei) ist sehr stark vom Umverteilungsregister der sozialen Linken geprägt.

Die ist einerseits angesichts der Verarmung gerechtfertigt, greift aber andererseits zu kurz, da dieses Register Fragen der Pluralität verschiedener Lebensstile unterbewertet. Es taugt deshalb nur bedingt zur Mobilisierung jüngerer urbaner Milieus (sprich WählerInnen).

Beispiel: Neoliberalismus wird im Umverteilungsregister fast nur als Programm der Herrschenden angesehen (im Extremfall gibt es die Vorstellung, dass vom Neoliberalismus nur 5 Prozent der Bevölkerung profitieren und der Rest ausgeplündert wird).

Im Anerkennungsregister wird Neoliberalismus dagegen auch als Reaktion auf die durch Kämpfe von unten verursachte Verwertungskrise verstanden: Der Regelarbeitsvertrag ist für viele Linke keine Realität und auch keine politische Utopie mehr. Dito gilt für Vollbeschäftigung, die von der Forderung nach einer Existenzsicherung abgelöst wurde. "Arbeit soll das Land regieren" (so die PDS 2002), ist eine Drohung, keine Utopie.

Damit sind wir mitten in der **Programmatik**, die ist zwar nicht alles, aber wichtig. Hier ist sehr vieles noch ungeklärt, nicht nur im Wahlprojekt.

Beispiele:

1. Wachstum ist heute kein positiver Wert, da dadurch negative ökologische/weltwirtschaftliche Folgen eintreten
2. Entkopplung von Arbeit und Einkommen: der tendenziell männliche Alleinernährer ist keine emanzipative Utopie, es müssen Antworten auf Entgarantierung und Prekarisierung gefunden werden.
3. Antimilitarismus: Problem von Stärkung der EU gegenüber USA, Antiamerikanismus, Gefahr der Entstehung/Förderung von Ressentiments gegen den Westen, Islamismus-Unterschätzung
4. Globalisierungs- oder auch Parlamentarismuskritik ist nicht per se fortschrittlich.

Aktuelle Situation innerhalb der sozialen Bewegungen im Verhältnis zum Wahlprojekt

Es gibt Interesse von Einzelpersonen am Wahlprojekt, aber wenig organisiertes Interesse aus den sozialen Bewegungen. Dies liegt auch daran, dass die Signale für eine Öffnung von dort aus relativ schwach sind, bzw. die Linkspartei - auch unter Termin- und Wahlrechtsdruck - als nicht transparenter Prozess von oben nach unten verläuft und auch viele Gliederungen auf lokaler Ebene überfordert waren.

Neue soziale Bewegungen haben in der Regel keinen gesamtgesellschaftlichen Ansatz., das Wahlprojekt ist Versuch eine gesamtgesellschaftlichen, teilbereichsübergreifende programmatische Synthese zu wagen, das macht das Projekt interessant.

Was nun?

Wie kann Dialog zwischen Linkspartei und den vielen bislang abwartenden Linken jenseits davon aufrechterhalten/ in Gang gesetzt werden?

Wie kann lokaler und regionaler Unterbau/Gegenpart zu Fixierung auf Prominente im speziellen und die Bundestagsfraktion im speziellen geschaffen werden?

Wie kann programmatische Erweiterung gegenüber dem zu erwartenden sozial- und wirtschaftspolitischen Übergewicht in der Bundestagsfraktion und der dementsprechenden Außenwahrnehmung geschaffen werden?

Die Mitglieder der Bewegungen sind wahrlich nicht wichtig, aber wie kann das dort angesammelte Wissen ohne Vereinnahmung fruchtbar gemacht werden?

Die Erfahrung mit der Entwicklung der **Grünen** ist sehr präsent. Dies ist immer in Rechnung zu stellen. Gleichzeitig ist die Überschätzung der Bedeutung/Macht von Parlamenten bei Partei- und ParlamentarismuskritikerInnen mitunter weiter verbreitet als bei (zukünftigen) Linkspartei-Abgeordneten. Das große derzeitige öffentliche Interesse ist zu nutzen! Eine politische Rechtsverschiebung funktioniert aber nicht so, dass dadurch links plötzlich automatisch Raum entsteht/übrig bleibt. Großer Gesprächsbedarf besteht bei der Frage, welche Funktion Bewegungen und Parteien haben, bzw. wie ihr Verhältnis gestaltet werden kann.

Abschließend das **Plädoyer**, den Prozess weiter politisch mit eigenen Forderungen zu begleiten, mit vorsichtiger Erwartung eines erst mal offenen Endes **und** der Bereitschaft zum Bruch. Richtig spannend wird es eh erst nach dem 18. September werden. Dann wird sich nämlich zeigen, ob ein qualitativ wirklich neues linkes Projekt entsteht. Ein neues politisches Projekt muss nicht nur eine Verbindung zwischen kultureller Anerkennung und sozialer Gleichheit sein, sondern eine Vereinigung dieser beiden Register in Angriff nehmen.

Autor:

Bernd Hüttner, Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, seit 2001 im Vorstand der Rosa Luxemburg Initiative Bremen

<http://rli.gesellschaftsanalyse.de/kontakt/personen.htm#bernd.huettner>

(1) Quelle: Erweiterte Fassung eines Redebeitrages zur Veranstaltung *Neue Linkspartei - Historische Chance oder alter Wein in neuen Schläuchen?* der Rosa Luxemburg Initiative Bremen am 25. Juli 2005 in Bremen

Literatur:

Nancy Fraser: *Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaates*; Frankfurt 2001

Nancy Fraser: Frauen, denkt ökonomisch!, in TAZ 7.04.2005

<http://www.taz.de/pt/2005/04/07/a0157.nf/text.ges,1>

Michael Hardt/Antonio negrid: *Multitude. Krieg und Demokratie im Empire*, Frankfurt 2004

Helmut Hugler: *Die Grammatik der Werte*, in Freitag 31.10.2003 online unter

<http://www.freitag.de/2003/45/03451101.php>